

Im Gespräch: Harald Dreßing, forensischer Psychiater

„Die Missbrauch-Studie ist keine Aufarbeitung“

Herr Professor Dreßing, im vergangenen September haben Sie namens einer Forschergruppe aus Wissenschaftlern der Universitäten Mannheim, Heidelberg und Gießen (MHG) eine Studie über sexuelle Gewalt im Raum der katholischen Kirche in Deutschland vorgestellt. Seither wollen die Diskussionen inner- und außerhalb der Kirche über dieses Thema nicht verstummen. Sind Sie überrascht?

Unsere Studienergebnisse haben ein erhebliches Ausmaß an sexuellen Missbrauchshandlungen an Kindern und Jugendlichen aufgezeigt, die von katholischen Klerikern begangen wurden. In den analysierten Fällen gab es eine Tendenz der Verantwortlichen, eher die Beschuldigten und die Institution Kirche zu schützen, während das Leid der Betroffenen nicht im Mittelpunkt stand. Dass solche Ergebnisse vor allem die Betroffenen, die Gläubigen und die Öffentlichkeit erschüttert haben, kann ich gut verstehen. Die anhaltenden Diskussionen sind aus unserer Sicht notwendig und wichtig, um wichtige Reformen der Strukturen in Gang zu setzen, die den sexuellen Missbrauch in der katholischen Kirche begünstigt haben und grundsätzlich weiter begünstigen.

Für die Studie sind Ihnen und Ihren Kollegen anonymisierte Angaben über Beschuldigte übermittelt worden, die in den 27 Diözesen aktenkundig geworden sind. In mehreren Bistümern haben sich seither Betroffene gemeldet und von Tätern berichtet, die nie oder nicht mehr in den Akten aufgetaucht sind. War damit zu rechnen?

Wir konnten aufgrund der Studienmethode nur die in den Personalakten dokumentierten Vorfälle erfassen. Natürlich ist dort nicht alles festgehalten worden. Zusätzlich gab es auch Fälle, in denen Akten vernichtet und manipuliert wurden. Wir hatten auch keinen direkten Zugang zu den Akten, sondern waren auf die Zuarbeit von kirchlichen Rechercheurs angewiesen, deren Arbeit wir nicht direkt kontrollieren konnten. Insofern sind die von uns ermittelten Zahlen nur die Spitze eines Eisbergs ...

... dessen Ausmaß man nie wird beschreiben können?

Wie groß das Dunkelfeld ist, wissen wir nicht. Trotz dieser methodischen Einschränkungen haben wir aber eine enorm große Stichprobe beschreiben können. Betroffene haben mir nach der Vorstellung der Studie gesagt, dass hier genau ihre Geschichte beschrieben werde und sie jetzt den Mut gefunden hätten, sich zu offenbaren. Vor dieser Leistung von Betroffenen habe ich enormen Respekt. Sie bringen weiter Licht in das Dunkel.

Müsste es aus Ihrer Sicht als Leiter des Bereichs Forensische Psychiatrie am Zentralinstitut für Seelische Gesundheit in Mannheim im Nachgang zu der MHG-Studie eine Dunkelfeld-Untersuchung geben?

Wir haben im Abschlussbericht geschrieben, dass die MHG-Studie der Auftakt für weitere Studien sein sollte. Es gibt bereits einige Dunkelfelduntersuchungen in kleineren Stichproben, die auf deutlich höhere Zahlen von Betroffenen kommen. Sinnvoll wäre sicher eine nationale Dunkelfeldstudie mit einer großen repräsentativen Stichprobe.

Über die Lebenswelt von Priestern liegt seit 2017 eine „Seelsorgestudie“ vor. Tausende Betroffene haben sich bei den Hotlines der Bischofskonferenz oder des Unabhängigen Beauftragten der Bundesregierung für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs gemeldet. Trotzdem hat die Bischofskonferenz nichts unternommen, um die anderen Daten und die darauf beruhenden Erkenntnisse mit denen Ihrer Studie zusammenzuführen oder gar die wissenschaftliche Begleitforschung zu verstetigen? Ist der Erkenntnisbedarf der Bischöfe gedeckt?

Bei den Bischöfen kann ich bisher keine gemeinsame Strategie erkennen, weitere Forschungsarbeiten in Gang zu setzen. Die Verlautbarungen einzelner Bischöfe zu den Ergebnissen der MHG-Studie und daraus abzuleitenden Konsequenzen sind ja auch höchst verschieden.

Was schwebt Ihnen vor?

Notwendig ist aus meiner Sicht unter anderem eine prospektive Studie, die die Präventionsarbeit evaluiert. Sofern das nicht geschieht, bleibt die kirchliche Präventionsarbeit im besten Fall Stückwerk. Im ungünstigen Fall kann sie von Verantwortlichen als Feigenblatt missbraucht werden, um notwendige strukturelle Reformen zu vermeiden.

In einigen Bistümern, etwa in Köln, Limburg und Freiburg, wurden als Reaktion auf die MHG-Studie diözesane „Aufarbeitungsprojekte“ in die Wege geleitet. Andersorts passiert nichts dergleichen. Wer verhält sich richtig?

Projekte, die im Nachgang zur MHG-Studie jetzt von einzelnen Bischöfen mit

ganz unterschiedlicher Methodik und Zielsetzung begonnen wurden, sind von der Motivation her verständlich, aber inhaltlich für die Aufarbeitung eher nicht hilfreich. Aufarbeitung müsste überregional erfolgen, nach einheitlichen Standards und unter Einbeziehung der Betroffenen.

Der Vorsitzende der Bischofskonferenz, der Münchner Erzbischof Reinhard Kardinal Marx, hatte im vergangenen September das Wort „Wahrheitskommission“ in den Mund genommen. Heute will er davon nichts mehr wissen. Was gibt es zu verbergen?

Unsere Missbrauch-Studie ist keine Aufarbeitung. Aufarbeitung muss zusammen mit den Betroffenen auf Augenhöhe erfolgen. Eine überregionale Untersuchung, die von einer interdisziplinär besetzten Kommission durchgeführt wird und in der Betroffene, Wissenschaftler, Vertreter der Kirche und der Zivilgesellschaft vertreten wären, wäre der Schritt, mit dem eine Aufarbeitung beginnen könnte. Die Einsetzung einer solchen Kommission würde die Kooperation der Politik mit der Bischofskonferenz voraussetzen. Zumal hierfür auch rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen werden müssten.

Was wäre der Mehrwert einer solchen Kommission?

Man könnte bei diesem nächsten Schritt nicht mehr mit anonymisierten Daten arbeiten, sondern es müssten Ross und Reiter benannt werden. Ausgangspunkt einer solchen Untersuchung könnten zum Beispiel die Fälle sein, die wir bisher nur in anonymisierter Form in der MHG-Studie analysiert haben. Bei einer Aufarbeitung müssen auch Strukturen untersucht werden, die die Vertuschung des Missbrauchs begünstigen. Dabei ist natürlich auch damit zu rechnen, dass Verantwortliche benannt werden, die vielleicht noch leben, wenn nicht sogar noch in Amt und Würden sind. Es hat ja nicht nur die Beschuldigten selbst gegeben, sondern auch Mitwisser, die gemeinsam gehandelt haben, um die Beschuldigten in andere Gemeinden, in andere Diözesen oder ins Ausland zu versetzen.

Wie sollten sich Bischöfe oder Personalverantwortliche verhalten, die nachweislich Täter gedeckt haben und Beschuldigungen nicht konsequent nachgegangen sind?

Neben einer strafrechtlichen Schuld gibt es eine persönliche Verantwortung, die letztlich jeder mit sich selbst ausmachen muss. Es ist für mich schon erstaunlich, dass nach der Veröffentlichung unserer Studienergebnisse viel von Scham und Schuld gesprochen wurde, aber nicht von konkreter und persönlicher Verantwortung. Eine solche persönliche Verantwortung könnte sich wie in Politik und Wirtschaft zum Beispiel in einem Rücktritt äußern.

In wissenschaftlichen Kreisen wurde Ihre Aussage beanstandet, sexuelle Gewalt in der Kirche habe seit 2009 allen Präventionsbemühungen zum Trotz nicht abgenommen. Wie begegnen Sie dieser Kritik?

Wir werden in Kürze eine neue Auswertung unserer Ergebnisse in einer wissenschaftlichen Zeitschrift publizieren, die zeigen wird, dass es sich bei unseren Aussagen um empirisch abgesicherte Ergebnisse handelt. Leider hat es bis zum Ende unserer Erhebung im Jahr 2015 immer noch neue Vorfälle gegeben.

Was müsste sich in der Kirche ändern, um das Potential an sexueller Gewalt auf das menschenmögliche Maß zu verringern?

Missbrauch in Institutionen wird sich nie völlig vermeiden lassen. Man kann aber die für eine Institution spezifischen Risikokonstellationen verändern. In der katholischen Kirche könnte dies zum Beispiel bedeuten: die Beschränkung klerikaler Macht, eine Reform ihrer Sexualmoral, die wissenschaftliche Erkenntnisse ausblendet, eine Abschaffung des Pflichtzölibats oder, wenn man daran festhalten will, eine adäquate Begleitung von Priesteramtskandidaten dabei. Hilfreich wäre auch eine Aufbrechung der geschlossenen Männerbünde, zum Beispiel durch die Zulassung von Frauen zu Weiheämtern.

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) hat sich diese Forderungen längst zu eigen gemacht. Die Bischofskonferenz setzt einstweilen auf einen „synodalen Weg“. Ein weiteres Ablenkungsmanöver?

All diese Themen werden von einzelnen Bischöfen immer wieder in die Diskussion eingebracht, was mir zeigt, dass die Probleme in Teilen der Kirche zumindest gesehen werden. Es reicht aber nicht mehr aus, nur darüber zu diskutieren. Sicher kann man all dies nicht auf einmal ändern, eine Priorisierung von konkreten Zielen und ein verbindlicher Zeitplan für ihre aktive Umsetzung wäre wie von anderen großen Organisationen auf der Basis des bereits Erkannten zu diesem Zeitpunkt zu fordern. Dies kann ich bei der Kirche aber bisher nicht erkennen. Stattdessen gibt es immer wieder neue Gesprächskreise und Workshops.

Das Gespräch führte Daniel Deckers.

Nicht die Zeit für Experimente

Unerwartet gewinnt Amtsinhaber Morrison die Parlamentswahl in Australien. Fragen der Wirtschaftspolitik hatten die Wählerschaft mehr bewegt als der Klimaschutz.

Von Till Fährnders

SINGAPUR/CANBERRA, 19. Mai

Am Sonntag, dem Tag nach seinem großen Sieg, besuchte Scott Morrison eine Kirche in seinem Wahlkreis Cook südlich von Sydney. Der Premierminister ist ein evangelikaler Christ. Seine Frömmigkeit zeigte sich auch in seiner Reaktion auf den überraschenden Erfolg bei der Wahl am Samstag, der allen Umfragen widersprochen hatte. „Ich habe immer an Wunder geglaubt. Und heute Nacht haben wir eines zustande gebracht“, hatte Morrison in seiner Siegesrede vor Anhängern seiner Liberal Party gesagt. Damit spielte er darauf an, dass die Übernahme der Regierungsverantwortung durch die oppositionelle Labor Party und deren Spitzenkandidaten Bill Shorten eigentlich schon ausgeglichen schien. Unter Jubel dankte Morrison den „schweigenden Australiern“, die ihm zu diesem unerwarteten Sieg verholfen hätten.

Tatsächlich haben Analysten, Journalisten und politische Aktivisten die Stimmung in der Bevölkerung falsch gelesen. Sie hatten unter anderem den Klimaschutz als entscheidendes Thema der Wahl ausgemacht. Auf diesem Feld wurde der Labor Party mehr Willen zur Veränderung zugetraut. Doch am Ende fielen selbst in Queensland, einem Bundesstaat, in dem die Klimafrage besonders wichtig ist, mehrere Wahlkreise an Abgeordnete aus der konservativen Regierungskoalition von Liberal und National Party. Entgegen den Erwartungen sind den Australiern wirtschaftspolitische Themen wie Steuern oder Arbeitsplätze wichtiger. Sie fürchten, dass ambitionierte Maßnahmen zum Klimaschutz und kostspielige Sozialprogramme dem seit 28 Jah-



Entspannt: Morrison am Sonntag bei einem Rugby-Spiel in Sydney

Foto dpa

ren ununterbrochen währenden Wachstum in Australien einen Dämpfer verpasst wurden.

Dies war auch die Botschaft, die der Premierminister in der vergangenen Woche in seiner letzten großen Wahlkampfrede vor dem Nationalen Presseclub in Canberra verbreitet hatte. Vor der Hauptstadtpresse hatte der 51 Jahre alte Politiker eindringlich vor Experimenten gewarnt. „Es ist nicht die Zeit für eine schwächere Wirtschaft, nicht die Zeit für eine Politik und ein Experiment, die unsere Wirtschaft unnötigen Druck aussetzen“, sagte der Premierminister. Seinem Gegner Shorten warf er vor, dass dieser eine Politik nach dem Motto „viele Steuern, viele Ausgaben“ verfolge. Er beschwerte sich darüber, dass der Oppositionsführer seine Rede am selben Tag in einem Vorort von Sydney wie eine „Krönungsveranstaltung“ insze-

niert habe. „Dies wird eine knappe Wahl. Das ist etwas, was niemand vor zwei Monaten, sechs Monaten oder acht Monaten gesagt hätte“, mahnte Morrison.

Den Australiern versprach der Regierungschef mehr Jobs, einen ausgeglicheneren Haushalt, Hilfe für junge Hauskäufer und Steuererleichterungen. Das dürfte gerade bei vielen Australiern außerhalb der Großstädte gut angekommen sein. Ebenso dürften aber auch die persönlichen Beliebtheitswerte der beiden Spitzenkandidaten die Entscheidung der Wähler beeinflussen. Denn während die Labor Party in den Umfragen schon seit rund zwei Jahren besser dand als die Liberal Party, bekam ihr Anführer Bill Shorten nicht den gleichen Zuspruch. Zwar konnte er in den letzten Tagen vor der Wahl seine Beliebtheit gegenüber Morrison leicht verbessern. Er blieb aber immer noch weit hinter

diesem zurück. Dem ehemaligen Gewerkschaftler mangelt es an Charisma.

Noch am Wahlabend kündigte Shorten als Konsequenz der Niederlage seinen Rücktritt an. Er empfahl seine bisherige Stellvertreterin Tanya Plibersek als Nachfolgerin. Vom linken Flügel kündigte der Abgeordnete Anthony Albanese seine Kandidatur an. Shorten beklagte in seiner Rede einen teilweise „toxischen“ Wahlkampf. Mitglieder seiner Partei hatten im Wahlkampf die Presse des Medienunternehmers Rupert Murdoch für deren kampagnenartige Berichterstattung kritisiert. Da er fest mit einem Sieg gerechnet hatte, dürfte es für ihn eine besonders bittere Niederlage sein. Tatsächlich waren die Umfragen so klar gewesen, dass ein Veranstalter für Sportwetten die Preisgelder für einen Shorten-Gewinn schon vor der Verkündung des (gänzlich anderen) Wahlergebnisses ausgezahlt hatte.

Premierminister Morrison, der erst vor acht Monaten im Zuge eines parteiinternen Aufstiegs gegen den damaligen Regierungschef Malcolm Turnbull in das Amt gekommen war, konnte mit dem Überraschungserfolg dafür nun seine Position stärken. Er hatte den nationalen Wahlkampf quasi im Alleingang geführt und sogar auf die Unterstützung bekannter Kabinettsmitglieder und ehemaliger Premierminister verzichtet. Damit wollte er sich auch von den parteiinternen Machtkämpfen distanzieren, die seit der Wahl Tony Abbotts im Jahr 2013 zwei Premierminister der Koalition das Amt gekostet hatte.

Jedoch wird die Stärke seiner Regierung am Ende auch von dem offiziellen Ergebnis der Wahl abhängen. Denn offen war am Sonntag noch, ob das Ergebnis der Koalition ausreicht, um allein zu regieren, oder ob sie auf die Unterstützung eines oder mehrerer parteiloser Abgeordneter angewiesen sein wird. Die Mehrheit im Repräsentantenhaus liegt bei 76 von 151 Sitzen. Davon hatte vor dem Ende der Auszählung die Regierungskoalition zunächst 74 Sitze sicher, die Labor-Opposition 65 Sitze. Morrison hat aber schon seit Monaten mit einer Minderheit im Parlament regiert. Der Vater zweier Töchter, der einst in der Tourismusbranche tätig war, sitzt seit mehr als zehn Jahren im Parlament. Als Einwanderungsminister war er eine Zeitlang für die strikte australische Asylpolitik verantwortlich. Als Schatzkanzler prägte er danach die Wirtschaftspolitik, bevor er durch die Querelen in seiner Partei zum Regierungschef aufstieg.

Wichtiges in Kürze

Kai Wegner führt Berliner CDU

Die Berliner CDU hat den Spandauer Bundestagsabgeordneten Kai Wegner zum neuen Vorsitzenden und Nachfolger von Monika Grütters gewählt. Wegner erhielt lediglich 76,9 Prozent der Stimmen eines Parteitag, obgleich er der einzige Kandidat war. Grütters hatte die CDU-Führung in der Hauptstadt nach der schweren Wahlniederlage bei der Abgeordnetenhauswahl 2016 übernommen und neben ihrem Amt als Kulturstaaatsministerin in der Bundesregierung geführt. Trotz des anhaltenden Misserfolgs der Union in Berlin war es Grütters nicht gelungen, die Partei von ihrem traditionellen Kurs abzubringen und attraktiver für Wählerinnen und Wähler zu machen. „Mit Selbstbewusstsein, Mut und Zuversicht werden wir richtig stark werden in Berlin“, sagte Wegner. (pca.)

AKK weist Spekulationen zurück

Zum wiederholten Male hat die CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer sich gegen Spekulationen gewandt, Angela Merkel werde sich alsbald vom Kanzleramt zurückziehen und sie selbst könnte demnächst dann Regierungschefin werden. Kramp-Karrenbauer sagte der Funke Mediengruppe: „Bis 2021 ist Angela Merkel Kanzlerin. Ich habe meine Arbeit als Parteivorsitzende zu tun, und darauf konzentriere ich mich.“ Sie gehe von „der vollen Legislaturperiode aus, und das ist auch meine Arbeitsplanung.“ Auch habe sie „im Moment“ keine Signale der SPD, dass sie nicht mehr weiterregieren wolle. Sowohl in der Union als auch in der SPD gibt es dessen ungeachtet Spekulationen über Konsequenzen der Europawahl. Die reichen von einer Kabinettsumbildung über Rücktritte bis zum Ende der Koalition. (pca.)

Israelische Luftschläge in Syrien

Israelische Militärflugzeuge haben nach Angaben von Aktivisten am Samstagabend Ziele im Süden Syriens angegriffen. Von den von Israel besetzten Golanhöhen aus hätten die Flugzeuge mindestens drei Raketen abgefeuert, sagte der Leiter der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte, Rami Abdel Rahman. Zwei der Angriffe hätten das Hauptquartier einer syrischen Brigade in der Provinz Kuneitra getroffen, die dritte Rakete sei von der syrischen Abwehr zerstört worden. Angaben zu möglichen Opfern oder Schäden machte er zunächst nicht. (AFP)

Verletzte bei Anschlag in Kairo

Bei einer Bombenexplosion nahe den Pyramiden von Gizeh in Ägypten sind mehrere Menschen verletzt worden. Der Sprengsatz sei dort am Sonntag am Straßenrand explodiert, als ein Touristenbus vorbeifuhr, hieß es aus Sicherheitskreisen. Demnach wurden mindestens fünf südafrikanische Touristen durch Glassplitter verletzt. Im Dezember waren bei einem Anschlag auf einen Bus mit vietnamesischen Touristen vier Menschen getötet worden. (dpa)

DasErste.de

Kassensturz Europa – ungleich erfolgreich

HEUTE 20:15 Uhr

Europa-Visionen

HEUTE 21:00 Uhr

Das Erste

EUROPA WÄHLT